

01-2023

China *insight*

Wirtschaftsmagazin



致远

Chinageschäft-Ausblick 2023: Klare Strategien für turbulente Zeiten finden

Fremdenverkehr: Was sich beim Neustart im China-Tourismus ändert



WIRTSCHAFTSINFORMATIONEN AUS DEM DEUTSCH-CHINESISCHEN ÖKOPARK QINGDAO

Daniel Albrecht

Rechte von Nutzern weiter gestärkt

Betreiber von Plattformen sind zu mehr Transparenz verpflichtet

Am 16. November 2022 hat die Cyberspace Administration of China (CAC) die überarbeiteten Verwaltungsvorschriften zu Kommentar-Threading-Diensten im Internet herausgegeben. Bereits einen Monat später sind die 16 Artikel umfassenden Vorschriften in Kraft getreten, in denen die Kontrollpflichten von Netzbetreibern und Diensteanbietern präzisiert werden. Mehr Transparenz soll die Rechte der Nutzer stärken.

Die neuen Regeln gelten für Anbieter und Nutzer von Internet-Kommentardiensten in China. Im Sinne der Bestimmungen sind „Dienste zum Posten von Kommentaren“ solche Dienste, die von Webseiten, anderen Anwendungen und jeglichen Internet-Plattformen zur öffentlichen Meinungsäußerung oder mit der Fähigkeit bereitgestellt werden, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, Kommentare jeglicher Art zu hinterlassen. Das betrifft auch Blogs, Chatrooms, Streaming-Dienste und Miniprogramme.

Real-Name-Systemanforderungen

Die Verordnung legt fest, wie die tatsächlichen Identitätsinformationen registrierter Nutzer nach dem Prinzip „Verwendung des echten Namens am Backend und freiwillige Verwendung eines Alias oder echten Namens am Frontend“ behandelt werden:

- Für natürliche Personen kann die Identitätszertifizierung auf Mobiltelefonnummern und ID-Nummern basieren.
- Für Unternehmensbenutzer kann die Identitätszertifizierung auf der Grundlage des einheitlichen Sozialkreditcodes erfolgen.

Gleichzeitig verbieten die Vorschriften die Bereitstellung von Diensten zum Online-Kommentar-Threading für Nutzer, die sich als Organisationen oder mit falscher Identität ausgeben.

Schutz personenbezogener Daten

Die Verordnung nimmt die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten auf und passt die entsprechenden Anforderungen an. Diensteanbieter müssen die Datensubjekte über die Regeln für die Verarbeitung personenbezogener Daten informieren, einschließlich des Zwecks der Verarbeitung, der Art und Methode der Verarbeitung, des Speicherzeitraums sowie des Umgangs mit den Daten.

Nachrichteninformationen und Realtime Comments

Wenn Post-Comment-Dienste bereitgestellt werden, muss ein System der vorherigen Überprüfung vor der Veröffentlichung eingerichtet werden.

Bei Realtime-Comment-Streaming-Diensten, sogenannten Bullet-Screen-Comments, müs-



sen die Kommentare gleichzeitig und auf derselben Seite als statische Kommentare zu sehen sein. Die Inhalte der entsprechenden Realtime-Kommentare sollten bereits vom System überprüft worden sein.

Interne Kontrollpflichten der Dienstanbieter

Der neuen Verordnung zufolge haben Dienstanbieter jetzt eine interne Kontrollpflicht. Informationssicherheitssysteme sind einzurichten, um rechtswidrige und schädliche Informationen rechtzeitig zu erkennen und zu behandeln. Dazu sollen notwendige moderne Technologien entwickelt und eingesetzt sowie Redakteure besser geschult werden. Darüber hinaus muss mit den zuständigen staatlichen Behörden zusammengearbeitet und deren Arbeit mit der Zurverfügungstellung der entsprechenden Daten unterstützt werden.

Sicherheitsbewertung

Neue Post-Kommentar-Produkte, -Anwendungen oder -Funktionen, mit denen die öffentliche Meinungsbildung beeinflusst werden kann (ein Ge-

genbeispiel wäre ein Onlineshop mit Kommentar-Funktion zu den einzelnen Produkten) oder die zur sozialen Mobilisierung geeignet sind, müssen einer Sicherheitsbewertung in Übereinstimmung mit den staatlichen Bestimmungen unterzogen werden. Wie diese im Detail auszusehen hat, ist bisher unklar. Es ist davon auszugehen, dass weitere Interpretationen folgen.

Nutzungsvereinbarungen

Anbieter von Post-Kommentar-Diensten müssen mit registrierten Benutzern eine Vereinbarung schließen, in der Rechte und Pflichten beider Parteien geregelt sind, etwa Veröffentlichungsbefugnis und Verwaltungspflichten. Der Benachrichtigungspflicht gemäß Internetgesetzen und -vorschriften muss nachgekommen werden. Dabei handelt es sich nicht um eine Vereinbarung im klassischen Sinne. Vielmehr erklären Anbieter den Nutzern ihre relevanten Pflichten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben.

Für die Ersteller und Betreiber öffentlicher Konten sollte die Dienstleistungsvereinbarung auch ihre Verwaltungsbefugnis und die entsprechenden Verantwortlichkeiten für das



Online-Kommentar-Threading festlegen. Sie sind angehalten, ihre Verwaltungspflichten effektiv zu erfüllen.

Maßnahmen und Managementprozesse

Grundlage der Geschäftsbeziehungen sind die Nutzervereinbarungen. Warnungen, Verweigerung der Veröffentlichung, Löschung von Informationen, Einschränkung der Kontofunktionen, Aussetzung von Kontoaktualisierungen, Schließung von Konten und Verbot von Neuregistrierungen haben in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Vereinbarungen zu erfolgen. Illegale und negative Informationen, die veröffentlicht wurden, sind als Teil des regulären Daten-Protokolls zur Beweissicherung aufzubewahren.

Führt die Verletzung der Verwaltungspflichten öffentlicher Kontenbetreiber zur Veröffentlichung illegaler und negativer Inhalte in den Kommentaren, werden auf der Grundlage der spezifischen Umstände durch die Dienstleister Maßnahmen gemäß den Gesetzen und Vereinbarungen ergriffen, einschließlich Warnungen, Löschen von Inhalten, vorübergehende Aussetzung oder dauerhafte Schließung von Kommentarbereichsfunktionen, Einschränkung von Kontofunktionen, Aus-

setzung von Kontoaktualisierungen, Schließung von Konten und Verbot von Neuregistrierungen. Aufzeichnungen sind zu speichern und unverzüglich an die zuständigen Cyberspace-Verwaltungsbehörden zu melden.

Anbieter von Post-Kommentar-Diensten sollen ein hierarchisches Nutzerverwaltungssystem einrichten und das Kommentarverhalten der Nutzer bewerten. Umfang und Funktion von Diensten für die jeweiligen Nutzer sollen auf der Grundlage der Bewertungsergebnisse bestimmt werden. Nutzer, die ernsthaft gegen die Regeln verstoßen, werden auf eine schwarze Liste gesetzt, was es ihnen unmöglich macht, Dienste weiter in Anspruch zu nehmen oder sich neu zu registrieren.

Nutzer der Kommentardienste

Nutzer der Kommentardienste müssen Gesetze und Vorschriften einhalten, die öffentliche Ordnung und die guten Sitten achten und die sozialistischen Grundwerte vermitteln. Sie dürfen keine Informationsinhalte veröffentlichen, die durch Gesetze, Vorschriften oder relevante staatliche Bestimmungen verboten sind.

Pflichten der Betreiber öffentlicher Konten

Ersteller und Betreiber öffentlicher Konten verpflichten sich, Inhalte von Online-Kommentaren zu überprüfen und zu verwalten. Wobei hier Ersteller und Betreiber als eine Einheit zu betrachten sind. Bei einer Übertragung eines öffentlichen Kontos ist die registrierte Identitätsinformation zu ändern. Geschieht dies nicht oder nicht rechtzeitig, sind entsprechende Sanktionen möglich.

Sobald rechtswidrige und schädliche Informationen entdeckt werden, ergreifen die Ersteller und Betreiber öffentlicher Konten die erforderlichen Maßnahmen wie Meldung, Löschung und Sanktionierung.

Um gleichzeitig sicherzustellen, dass die Ersteller und Betreiber öffentlicher Konten ihrer Verpflichtung zur Überprüfung und Verwaltung der Inhalte im Online-Kommentar-Threading nach-

kommen, sollen die entsprechenden Dienstanbieter eine Verhaltensbewertung der Betreiber durchführen.

Ausführlichere Überwachung und Eingriffsverbot

Sowohl Dienstanbieter als auch Nutzer sowie Betreiber öffentlicher Konten dürfen nicht die legitimen Rechte und Interessen oder das öffentliche Interesse verletzen, sie dürfen keine rechtswidrigen Ziele verfolgen, und es ist untersagt, böswillig das Kommentar-Threading zu stören oder die öffentliche Meinung in die Irre zu führen.

Benutzerkonformität des Systems

Die Anbieter müssen ein Beschwerdesystem für Nutzer einrichten. Beschwerden sind gemäß der Benutzerdienstvereinbarung zu behandeln. Selbes gilt für öffentliche Beschwerden durch nicht registrierte Nutzer über illegale und negative Informationen, die den staatlichen Interessen zuwiderlaufen oder die Allgemeinheit verwirren können. Werden solche Informationen durch Organisationen oder Einzelperson entdeckt, können sie eine Beschwerde einreichen oder die öffentlichen Internet-Informationsabteilungen informieren. Die Beschwerden sind umgehend und in Übereinstimmung mit den geltenden Bestimmungen zu bearbeiten.

Zuständige Verwaltungsbehörden

Die staatliche Internet-Informationsabteilung ist landesweit für die Aufsicht, Verwaltung und Strafverfolgung der Post-Kommentar-Dienste verantwortlich. Lokale Internet-Informationsabteilungen sind entsprechend in ihren Verwaltungsregionen verantwortlich.

Die lokalen Behörden und die nationale Cyberspace-Verwaltungsbehörde müssen auf allen Ebenen ein Überwachungs- und Managementsystem einrichten, das in der Lage ist, regelmäßige Inspektionen zu gewährleisten und entsprechend organisiert sein.

Fazit

Die neuen Regulierungen reihen sich nahtlos in die jüngsten Regelungen zur Stärkung der Rechte von Internetnutzern ein. Insbesondere können so Hasskommentare rechtzeitig vermieden und effektiv bekämpft werden. Auch aus Perspektive des gewerblichen Rechtsschutzes sind die neuen Regelungen zu begrüßen. So wird es Produktfälschern zum einen erschwert für Ihre Waren Werbung zu machen. Zum anderen wird die Beweissicherung verstärkt, indem durch die verpflichtende Protokollierung von Posts neue Beweismöglichkeiten geschaffen werden. Insbesondere können auf diese Weise einzelne Kommentare – in Schrift und in Bild – durch Löschen nicht einfach verschwinden. Es bleibt abzuwarten, welche Hürden für Kläger bestehen werden, um Internetdienstleister zu zwingen, diese Protokolle im Rahmen von zivilrechtlichen Verfahren gegen einen Verletzer zugänglich zu machen, ohne dass diese sich auf den Datenschutz berufen können.

Neben diesen positiven Effekten besteht durch diese Neuregelungen jedoch die Gefahr, dass die Meinungsfreiheit beschnitten wird. Insbesondere die Betreiber öffentlicher Konten stehen im Blickpunkt der Überwachung. Es wird ein effektives System über mehrere Ebenen geschaffen, um dieses zumindest tun zu können, wenn es die Staatsorgane für notwendig erachten. Durch einem breiten Handwerkskasten ist es möglich selbst Real-Time-Kommentare unter Berufung auf eine mögliche Gefährdungslage schon im Ansatz zu löschen. Die hierzu zur Verfügung stehenden Instrumente sind effektiv. Begriffe wie „öffentliche Sicherheit“ oder „Falschinformation“ sind weit auslegbar. Anbieter müssen mit Sanktionen rechnen, wenn sie sich im Rahmen der Evaluierung von Kommentaren nicht rechtzeitig zur „richtigen“ Einordnung und Löschung entscheiden. ◦

Daniel Albrecht

ist Rechtsanwalt und Managing Counsel der Starke (Beijing) Intellectual Property Co. Ltd., Peking.
law@starke-ip.com www.starke-ip.com